
Interpellation Eingereicht durch Eingereicht am Gemeindeversammlung	Umsetzung Energie Schweiz auf Stufe Gemeinde Politische Arbeitsgruppe Gleis 3 16. Juni 2003
--	--

Interpellation und Beantwortung

Interpellation Gleis 3: Umsetzung von Energie Schweiz auf Stufe der Gemeinden

Gemeindepräsidentin Maria Wyss-Stuber: „Wir kommen zur Interpellation Umsetzung von Energie Schweiz auf Stufe der Gemeinden. Ich lese den Interpellationstext vor. Danach wird Albert Dönni als Chef der Abteilung Umwelt und Sicherheit ihre Fragen beantworten. Um was geht es? Energie Schweiz ist das Programm des Bundes für die Förderung erneuerbarer Energien und den sparsamen Energieverbrauch bis zum Jahr 2010. Kantone, Gemeinden, Wirtschaft, Umwelt und Konsumentenverbände sind mit von der Partie. Das Klimaprogramm hat klare Klimaziele. Der Verbrauch der fossilen Energien und der CO₂ Ausstoss sollten um 10 % sinken. Der Elektrizitätsverbrauch darf höchstens um 5 % wachsen. Der Anteil der Wasserkrafterzeugung am Endverbrauch darf nicht sinken trotz der Öffnung des Elektrizitätsmarktes. Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energien soll weiter um 1 % steigen. Bei der Umsetzung des Programms Energie Schweiz spielen die Gemeinden eine wesentliche Rolle. Sie sind Vorbilder für die Bevölkerung und das Gewerbe und schaffen die Voraussetzungen für die Anwendung freiwilliger Massnahmen, zum Beispiel beim Einsatz erneuerbarer Energien oder im Bereich Mobilität. Mit dem Label Energiestadt von Energie Schweiz für Gemeinden steht Städten und Gemeinden ein attraktiver Handlungsansatz zur Verfügung. Sie erhalten die Möglichkeit massgeschneiderte Programme und Aktionen zu entwickeln um die Ziele von Energie Schweiz mit konkreten Massnahmen zu verfolgen. Vier Gemeinden im Kanton Zug sind bereits Energiestädte, beziehungsweise Energiegemeinden. Es sind dies Zug, Baar, Steinhausen und Cham. Steinhausen schreibt zusätzlich einen Energieförderpreis aus. Unsere Fragen. 1. Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Gemeinde Risch als Vorbild für die Bevölkerung und das Gewerbe im Bereich Energie wirken soll? Wie lautet die Begründung des Gemeinderates? Sollen wir die erste Frage bereits beantworten?“

Gemeinderat Albert Dönni: „Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir auch ohne Label als Vorbild wirken können. In den letzten Jahren wurden die neuen Gebäude nach ökologischen und ökonomischen Grundsätzen erstellt. Wo möglich und nötig sind im Energiebereich die Alternativen geprüft worden. Hier im Zentrum Dorfmatte wird mit einer Wärmekraftkopplungsheizung geheizt. Verschiedene Heizungen wurden von Öl auf Gas umgestellt. Das Musikschulhaus und der neue Schultrakt wurden auf Minergieniveau isoliert. Nur noch eine kontrollierte Raumlüftung wäre notwendig gewesen und der sogenannte Minergiestandard wäre erreicht worden.“

Gemeindepräsidentin Maria Wyss-Stuber: „Wir kommen zur zweiten Frage. Welche Massnahmen sind getroffen worden, um die Umsetzung von Energie Schweiz voranzutreiben. In wie fern fördert die Gemeinde Risch Energiesparmassnahmen, Effizienzverbesserungen bei Haustechnikanlagen und die Nutzung von erneuerbaren Energien? Wie viele Solaranlagen sind auf öffentlichen Anlagen in unserer Gemeinde installiert worden? Sind weitere in Planung? Wie viele öffentliche Bauten erfüllen den Energiestandard? Wo kann die Rischer Bevölkerung umweltfreundlichen Solarstrom beziehen? Was unternimmt die Gemeinde um den CO2 Ausstoss zu senken?“

Gemeinderat Albert Dönni: „Die Gemeinde Risch ist seit Jahresbeginn Mitglied des Energienetzes Zug. Diese Fachstelle bietet Beratung und Auskunft bei Energiefragen. Die Gemeinde betreibt beim Schwimmbad Risch eine Solaranlage zur Aufbereitung der Wassers. Die Gemeinde hat noch kein Gebäude nach dem Minergiestandard erstellt. Alle Gebäude sind aber nach den neuesten Vorschriften und Vorgaben erstellt worden. Solarstrom kann mittels eines Vertrages mit den Wasserwerken in Zug bezogen werden. Dieser Strom ist

allerdings ein wenig teurer. Der CO2 Ausstoss ist dank der Umrüstung verschiedener Heizungen von Öl auf Gas massiv reduziert worden.“

Gemeindepräsidentin Maria Wyss-Stuber: „Wir kommen zur letzten Frage. Wieso ist die Gemeinde Risch noch nicht Energiegemeinde? Ist geplant Energiegemeinde zu werden?“

Gemeinderat Albert Dönni: „Der Gemeinderat plant nicht Energiestadt oder Energiegemeinde zu werden. Unsere Begründung lautet wie folgt. Der Schritt Richtung Energiegemeinde würde weitere personelle und finanzielle Ressourcen binden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Situation in der Gemeinde recht gut ist. Wir werden uns weiterhin bemühen. Das Label würde Einschränkungen bedeuten. Der Erhalt des Labels verpflichtet bei neuen Bauten den Minergiestandard zu erfüllen.“

Gemeindepräsidentin Maria Wyss-Stuber: „Ich frage die Interpellanten, sind sie mit diesen Antworten einverstanden? Gibt es weitere Fragen?“

Lilian Hurschler, Schöngrund 14, 6343 Rotkreuz: „Sehr geehrte Gemeindepräsidentin, lieber Gemeinderat, liebe Anwesende. Zuerst möchte ich mich recht herzlich bedanken für die Beantwortung unserer Interpellation. Für das Gleis 3 kommt die negative Antwort zur Frage 3 nicht ganz überraschend. Es zeigt uns aber um so mehr, dass es wichtig war, diese Interpellation zu machen. Es ist auch wichtig, dass die Energiepolitik endlich auch in unserer Gemeinde ein Thema wird. Wie bereits erwähnt, sind bereits vier Gemeinden im Kanton Zug dabei. Dies sind Zug, Steinhausen, Cham und Baar. Diese Gemeinde zeigen, dass ihnen Energiefragen wichtig sind und dass sie ein Vorbild sein möchten für die Bevölkerung. Die Beantwortung unserer Interpellation hat mir Folgendes aufgezeigt. Es scheint dem Gemeinderat nicht ganz klar zu sein, wie man wirklich Energiegemeinde wird. Albert Dönni hat erwähnt, dass die Mitgliedschaft auch negative Auswirkungen haben könnte wie zum Beispiel höhere Mehrkosten und dass jedes Gebäude dem Minergiestandard entsprechen müsse. Das ist falsch. Energie Schweiz geht folgendermassen mit ihrem Kunden vor. Ein Energieberater wird in die Gemeinde geschickt, um eine Bestandesaufnahme zu machen. Einerseits werden die bereits realisierten Massnahmen angeschaut, wie zum Beispiel die Solaranlage beim Schwimmbad, verbesserte Heizungen und so weiter. Dies soll auch eine Ermunterung sein für bereits realisierte Projekte. Andererseits wird aber auch aufgezeigt, wo Handlungsbedarf besteht. Es werden individuelle Lösungen für jede Gemeinde gesucht. Die Gemeinde entscheidet selbst, wo sie handeln möchte und wo nicht. Auch bei den Kosten kann die Gemeinde mitreden und selbst entscheiden wieviel sie ausgeben will und was sie realisieren möchte. Die Gemeinde kann auch selbst entscheiden bis zu welchem Zeitpunkt sie das Ziel Energiestadt realisieren möchte. In der Standortbestimmung werden 90 Punkte geprüft. Es handelt sich jedoch nicht nur ausschliesslich um Energiefragen. Es werden auch Fragen gestellt zur Mobilität, zum Abwasser oder zum Abfall. Die Themen sind also sehr vielseitig. Mir scheint, dass eine gewisse Angst vor diesem Label besteht. Ich kann diese Angst aber nicht ganz nachvollziehen. Ich denke, es hat sehr viele Vorteile Energiegemeinde zu werden. Ein kurzfristiges Resultat ist sicher die Sensibilisierung der Bevölkerung und der Behörden für Energiefragen. Längerfristig wird dadurch eine bessere Lebensqualität für die Bevölkerung erreicht. Es ist eine gute Werbung für eine Gemeinde Energiestadt zu sein. Wie gesagt, es wird eine Vorbildfunktion gegenüber der Bevölkerung wahrgenommen. Gleis 3 stellt aufgrund der dritten, negativen Antwort den Antrag, das Gespräch mit Energie Schweiz aufzunehmen. Das Gespräch mit einem Energieberater kostet die Gemeinde zwischen Fr. 2'000.- und Fr. 3'000.-. Das ist eine kleine Investition. Nach dieser Standortbestimmung kann die Gemeinde selbst entscheiden ob sie weiter gehen möchte oder ob sie bei dieser Standortbestimmung bleiben soll.“

Seite 4/4

(Antrag Lilian Hurschler: Gesprächsaufnahme.)

Gemeindepräsidentin Maria Wyss-Stuber: „Besten Dank Lilian Hurschler. Wir haben diese Interpellation sehr gerne beantwortet. Es ist aber so, dass kein Antrag aufgrund der Beantwortung der Interpellation gestellt werden kann. Es müsste ein anderer Weg gefunden werden. Der Antrag müsste entweder durch den direkten Kontakt mit dem Gemeinderat oder mit einer Motion geschehen.“

(Feststellung: Der Antrag Lilian Hurschler ist aus formellen Gründen nicht statthaft weshalb auf diesen nicht eingetreten wird.)